

Kolumbien

MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) und Garantien für den sozialen Protest

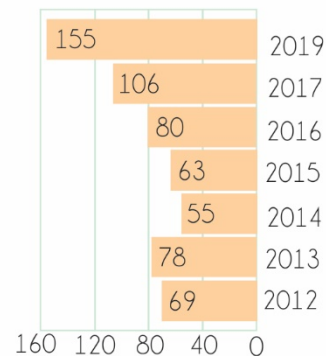
Entwicklung der Morde und Aggressionen gegen MRV seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags im November 2016 bis im April 2019 wurden laut *Indepaz* 570 Morde an MRV und sozialen Führungspersonen in Kolumbien registriert. Die Daten von *Somos Defensores* weisen 806 Aggressionen allein im Jahr 2018 aus. Davon waren 155 Fälle Morde, 46,22% mehr als im Jahr 2017. Obwohl der Staat eine Aufklärungsquote von bis zu 60% der Fälle präsentiert, sprechen Menschenrechtsorganisationen gerade mal von 8,8% an tatsächlich aufgeklärten Fällen. Bezieht man auch die Mordfälle von vor 2016 mit ein, ist die Straflosigkeitquote noch höher.

Die meisten Opfer sind GemeinschaftsführerInnen. Speziell gefährdet sind dabei indigene und afrokolumbianische Führungspersonen. Der Anteil an Aggressionen gegen Frauen steigt immer mehr.

Studien von sozialen Organisationen zeigen, dass bezüglich Opfer, TäterInnen und Mordmotiven eine Systematik existiert. Obwohl die Staatsanwaltschaft diese Systematik anerkannt hat, lehnt die Regierung eine solche Darstellung weiterhin ab.

Morde an MRV 2012-2018



Graphik: Zahlen aus Berichten von *Somos Defensores*, 2012-2018

Mängel bei der Reaktion der Regierung



Die Regierung von Iván Duque präsentierte im November 2018 den Aktionsplan (Plan de Acción Oportuna PAO) zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen. Die Empfehlungen von Menschenrechtsnetzwerken wurden nicht in den Plan integriert. Dieser strebt nicht einmal an, auf eine Auflösung der bewaffneten Gruppen in ländlichen Gebieten hinzuwirken. Der Aktionsplan hat vielmehr eine militärische Perspektive und baut auf rein physischen Schutz. Er adressiert weder Kausalzusammenhänge für Risiken noch Garantien für die freie Ausübung der Verteidigung der Menschenrechte.

Die Nationale Kommission für Sicherheitsgarantien (CNGS), die im Rahmen des Friedensabkommens entstanden ist, hat das Mandat, eine Politik zum Schutz der MRV und für die Auflösung von bewaffneten und paramilitärischen Gruppen zu entwerfen, wurde aber von der aktuellen Regierung zu einer rein konsultativen Instanz degradiert. Das Dekret 660 aus dem Jahr 2018 seinerseits sieht die Entwicklung von kollektiven Schutzmassnahmen vor, wurde aber ebenfalls nicht implementiert. Gleichermassen existiert das integrale Programm für Garantien für weibliche MRV und soziale Führungspersonen bisher nur auf dem Papier.

Gewalt gegen Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsbewegung leidet besonders unter politischer Gewalt. Laut dem Menschenrechtsregister der nationalen Gewerkschaftsschule (ENS) wurden zwischen dem 1. Januar 1973 und dem 6. April 2018 14.637 Anschläge auf das Leben, die Freiheit und die Integrität von GewerkschafterInnen verübt. Darunter fallen 3.149 Tötungsdelikte (2.822 Männer und 327 Frauen). Dies hat dazu beigetragen, dass in Kolumbien die Zahl der Menschen, die in Gewerkschaften organisiert sind, sehr klein ist: nur 4,6% der Beschäftigten sind in einer Gewerkschaft organisiert.

Gewalt gegen GewerkschafterInnen 2012-2018

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Total
Drohungen	449	337	244	121	201	125	146	163
Belästigungen	50	63	78	30	30	24	6	281
Tötung	25	37	21	21	20	19	28	171
Attentate	9	18	24	17	18	16	17	109
Gewaltsame Vertreibungen	90	3	1		1	1	2	98
Willkürliche Festnahmen	19	24	17	8	5	9		82
Hausfriedensbruch	3	2	2	2	8	2	1	20
Folter	2		1	4	2	1	1	11
Gewaltsames Verschwindenlassen	5	1		2		1	3	12
Entführungen		4		3				7
Total	652	489	388	208	285	198	194	2414

Tabelle basiert auf dem Register von *Somos Defensores*.

Kriminalisierung und juristische Verfolgung von MRV in Kolumbien

In Kolumbien wird seit langem das Strafrecht zur juristischen Verfolgung von MRV missbraucht. Zwischen 2017 und 2018 wurden mehr als 70 MRV in Kolumbien Opfer von strafrechtlichen Prozessen, welche auf wenig vertrauenswürdigen Quellen beruhten. Viele von ihnen befinden sich immer noch in Haft. So wird vielfach eine präventive Gefängnisstrafe gegen MRV eingesetzt.

Kriminalisierung von MRV findet überwiegend im Kontext der Friedensdialoge, von sozialen Protesten und der Verteidigung des Rechts auf Land, Territorium und Umwelt statt.

Dies wurde auch vom Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen, Michel Forst, angeklagt. Er bezeichnete die Kriminalisierung von MRV als generelle Tendenz in Kolumbien.

Andererseits gibt es weiterhin rechtliche Rahmenbedingungen, die für Proteste typische Handlungen kriminalisieren und die die Garantien für die Ausübung derselben schwächen. Die trifft z.B. auf Bestimmungen des Gesetzes über die Sicherheit der Bürger (Gesetz 1453 von 2011) und des Gesetzes für Polizei und Zusammenleben zu, die dazu benutzt werden, die Ausübung des sozialen Protestes einzuschränken und die Protestierenden zu verfolgen.

Stigmatisierung von MRV

In Kolumbien besteht ein von hohen Regierungsbeamten gefördertes und teilweise sogar angeheiztes Klima der Stigmatisierung und Kriminalisierung der Verteidigung der Menschenrechte sowie des sozialen Protests. Die Militärdoktrin der Bekämpfung des ‚internen Feindes‘ und die institutionelle Kultur spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Ein Beispiel: Seit dem 10. März 2019, als die Proteste der Minga Social por la Vida (Soziale Minga für das Leben) begannen, sprachen mehrfach AmtsträgerInnen gegenüber den Medien von einer angeblichen Unterwanderung des Protestes durch die ELN-Guerilla und Dissidentengruppen der ehemaligen FARC-Guerilla. Dies hat Hass- und Gewaltaktionen gegen die Protestierenden und gegen soziale Organisationen im Allgemeinen provoziert.

Fallstudie: Ríos Vivos Bewegung Antioquia (MRVA)



Foto: Minga

Seit die Energiefirma Empresas Públicas de Medellín (EPM) den Bau des Staudamms Hidroituango begann, hat die MRVA Proteste organisiert und die illegalen Machenschaften der Firma öffentlich angeklagt. Die MRVA sowie die bäuerlichen Gemeinschaften, welche die MRVA repräsentiert, sind seither konstantes Ziel von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure. Die MRVA hat 152 Anschläge gegen ihre Mitglieder dokumentiert. Diese schließen u.a. Morde, Bombenanschläge, Bedrohungen, Verleumdung und Hetze ein. Es gibt verschiedene Tätergruppen, die mutmaßlich für die Angriffe verantwortlich sind; die private Sicherheitsfirma der EPM und illegale bewaffnete Gruppen in der Region stellen jedoch das größte Risiko für die Mitglieder der MRVA dar. Gegenwärtig existiert für die MRVA ein Plan für Prävention und kollektiven Schutz, der gemeinsam mit dem Innenministerium entwickelt wurde. Dieses hat sich verpflichtet, politische und materielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Gemeinden in Antioquia zu gewährleisten. Allerdings wurden diese Maßnahmen bisher nicht umgesetzt.

Das europäische Parlament kann eine wichtige Rolle für Sicherheitsgarantien für MRV in Kolumbien spielen:

- Monitoring der Umsetzung der Präventions- und Schutzmaßnahmen für MRV und ihre Organisationen im Rahmen des Friedensabkommens, insbesondere der Sonderermittlungseinheit der Staatsanwaltschaft, die von der EU und anderen Einheiten begleitet wird, um die Nachfolgegruppen der Paramilitärs aufzulösen.
- Aufforderung an den EAD (Europäischer Auswärtiger Dienst), der Situation von MRV im Dialog mit der kolumbianischen Regierung weiterhin Priorität einzuräumen und auf der Umsetzung von Präventivmaßnahmen und Fortschritten bei der Untersuchung der Morde und anderer Angriffe auf MRV zu bestehen.
- Ersuchen an den EAD und die Europäische Kommission, das UNHCHR (Hochkommissariat für Menschenrechte) und die UN-Verifizierungsmission in Kolumbien politisch und finanziell zu unterstützen.

Erstellt von:



Übersetzt durch:

